

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 6/44. Jg.

6. Febr. 1931

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu bezich. durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Litzow 5583.
Verlag: Johannes Hag, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillereile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagsort Scheuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

Neuwahlen der Betriebsvertretungen 1931

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1931 ab. Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1931 sind daher von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des AfA-Bundes

in den Monaten Februar bis März 1931

gemeinsam durchzuführen.

Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen, und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig keine Betriebsvertretung besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1930 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Baugewerbe und in der Land- und Forstwirtschaft handeln nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen. Nach einer Vereinbarung der im Bergbau zuständigen Gewerkschaften finden die Betriebsrätenneuwahlen 1931 für den Bergbau in der Zeit vom 24. bis 26. März 1931 statt.

Seit 1930 ist die Arbeiterbewegung vor eine ganz neue,

außerordentlich schwierige Situation

gestellt. Als Folge der Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben wir wie in anderen Industriestaaten auch in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von einem bisher nie dagewesenen Ausmaß. Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, wie diese Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann.

Die Verzweiflung, die infolgedessen große Schichten von Arbeitern und Angestellten erfaßt hat, hat dazu geführt, daß bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 Millionen Staatsbürger glaubten, nur noch von den extremen Parteien von ganz rechts und ganz links das Heil erwarten zu können.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet geglaubt, den gegenwärtigen Verhältnissen mit außerordentlichen Maßnahmen zu steuern. Durch diese Maßnahmen sind erhebliche Verschlechterungen des deutschen Sozialrechtes eingetreten.

Neben der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird die Existenz der Arbeiter und Angestellten durch Aussetztage, Kurzarbeit und Betriebsstilllegungen ununterbrochen erschüttert.

Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesen Zuständen wieder herauszukommen:

Die Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufrecht zu erhalten und zu stärken

Wiederum ist daher wie bereits im Jahre 1930 für die Betriebsrätenneuwahlen 1931 die Parole: *Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!*

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB. und des AfA-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB. angehören, oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem AfA-Bunde angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebbarkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein

selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB.

notwendig und eine Verständigung mit den Organisationen des AfA-Bundes anzustreben.

Wahlabkommen mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Vorschlagsliste nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB. oder dem AfA-Bund angehörenden Gewerkschaft sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Tretet erneut geschlossen in die Schranken zum Kampf gegen alle Feinde der Gewerkschaften. Klärt die irreführenden Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen auf. Nichts ist gefährlicher als in schwierigen Zeiten der Verzweiflung anheimzufallen. Die Betriebsrätenneuwahlen 1931 müssen ein machtvolleres Zeichen dafür werden, daß auch in den schwierigsten Lagen die deutsche Arbeiterklasse in ihren Kerntruppen einig und geschlossen bleibt! Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen!

Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

Auf zu den Betriebsrätewahlen 1931!

Wirtschaftskrise und Steuerzahlung

Die dem Reiche, den Ländern und Gemeinden zufallenden Aufgaben haben sich unter den Nachwirkungen des verlorenen Krieges beträchtlich erhöht. Dementsprechend sind auch die Steueranforderungen gestiegen. Die Klagen über die wachsenden und immer unerträglicher werdenden Steuerlasten sind daher allgemein. Verbirgt sich hinter diesen Klagen auch vielfach Demagogie und Heuchelei, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß sich infolge der noch mit unverminderter Schärfe bestehenden Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zahlreiche Einkommen erheblich vermindert haben, was die Aufbringung der Steuern außerordentlich erschwert. Wollte man freilich den aus den besitzenden Kreisen erhobenen Klagen Glauben schenken, dann hätten diese am meisten unter dem bestehenden Zustand zu leiden, wie denn auch gerade von jener Seite am nachdrücklichsten Steuererleichterungen gefordert werden. Die Reichsregierung hat diesen Forderungen weitgehend Rechnung getragen, ohne damit jedoch die erwartete Anerkennung zu finden. Das ist bei der Einstellung dieser Kreise, die an Begehrllichkeit nicht überboten werden können, nicht verwunderlich. Handelt man dort doch seit jeher nach dem Grundsatz, daß Nehmen seliger als Geben ist, weshalb man auch die Tragung der notwendigen Steuerlasten möglichst den anderen, insbesondere den arbeitenden Volksschichten, überläßt. Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien bietet hierfür recht drastische Belege.

Das geht auch von neuem aus der statistischen Zusammenstellung des Reichsfinanzministeriums über den Stand der Erhebung und Beitreibung von Steuern und Zöllen für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1930 hervor, die vor kurzem dem Reichstag zugeleitet wurde. Nach dieser Zusammenstellung ergeben sich für die genannte Zeit bei einem Steueraufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben im Gesamtbetrage von 3665,9 Millionen Mark, an Rückständen nicht weniger als 684,4 Millionen. Hiervon wurden gestundet 420,2 Millionen, erlassen oder niedergeschlagen 41,4 Millionen Mark. Die Rückstände betragen hiernach 18,6 Prozent des vorgesehenen Steueraufkommens. Gegenüber dem Stand vom 1. April bis 30. September 1929 haben sich die Steuerrückstände um 28,1 Millionen Mark vermehrt, was in der offiziellen Erläuterung hierzu auf die ungünstige Wirtschaftslage zurückgeführt wird.

Hierin wird man berechnete Zweifel setzen können. Zergliedert man nämlich die Steuerrückstände nach den Steuerarten, so zeigt sich vielfach etwas ganz anderes und gelangt man zu sehr lehrreichen Aufschlüssen. Der Vergleich des Steueraufkommens an veranlagter Einkommensteuer, also ohne Lohnsteuer, zeigt z. B., daß bei 639 Millionen Steueraufkommen 217,6 Millionen, demnach rund 34 Prozent Rückstände zu verzeichnen waren. Es wurde somit über ein Drittel der veranlagten und fälligen Einkommensteuer nicht abgeführt. Demgegenüber betragen die Rückstände aus der Lohnsteuer bei einem Gesamtaufkommen von 673,4 Millionen nur 3,4 Millionen Mark. Das sind nur ganze 0,5 Prozent. Berücksichtigt man, daß die Lohnsteuerpflichtigen im gleichen Maße, ja noch wesentlich schwerer unter der herrschenden Wirtschaftskrise zu leiden haben, ohne daß ihnen die Möglichkeit zur Verfügung steht, sich ebenso wie die übrigen Einkommensteuerpflichtigen von der Steuerzahlung zu drücken, so kann die offizielle Erklärung nicht zutreffen. Wir haben vielmehr wieder ein Beispiel vor uns, in wie skrupelloser Weise von jener Seite die Steuerpflicht zu umgehen und hinfällig zu machen versucht wird. Diese Tatsache findet ihre weitere Illustrierung darin, daß von der rückständigen veranlagten Einkommensteuer rund 53 Prozent, bei der Lohnsteuer dagegen 15 Prozent gestundet worden sind.

Damit nicht genug, sind bei der Körperschaftsteuer mit einem Aufkommen von 285,5 Millionen Mark insgesamt 67,5 Millionen rückständig, hiervon 53,9 Millionen gestundet. Die Rückstände bei der Umsatzsteuer mit einem Aufkommen von 483,6 Millionen betragen 70 Millionen, obwohl diese Beträge von den Steuerpflichtigen bereits vereinnahmt wurden, da sie der Konsument beim Einkauf bezahlte und somit keine Rückstände vorhanden sein dürften. Die Vermögenssteuer weist bei einem Aufkommen von 261,6 Millionen Rückstände in Höhe von 50 Millionen auf. Nicht besser liegen die Verhältnisse bei der Erbschafts-, Gesellschafts- und Obligationensteuer, bei denen die Rückstände die bisher eingegangenen Steuern um das Mehrfache übertreffen. So gingen bei der Erbschaftssteuer ein 38,7 Millionen. Im Rückstand befinden sich 81,4 Millionen, was sich aus den gesetzlichen Vorschriften erklärt, die eine Stundung bis zu 20 Jahren vorsehen. Die Gesellschaftssteuer erbrachte 17,6 Millionen. Rückständig sind 25,5 Millionen Mark. Desgleichen stehen den Einnahmen aus der Obligationensteuer mit 5,4 Millionen 13,2 Millionen Mark Rückstände gegenüber.

Etwas günstiger sind die Verhältnisse bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben. Hier ergeben sich

für die Betracht kommende Zeit bei einem Gesamtaufkommen von 1922,4 Millionen 86,8 Millionen Rückstände, von denen 30,1 Millionen gestundet, 10,4 Millionen niedergeschlagen wurden. In diesem Zusammenhange muß auch auf die bestehende Kapitalflucht hingewiesen werden, die zum erheblichen Teile als Ausfluß der bei den Besitzenden herrschenden Steuerscheu zu betrachten ist. Nicht nur, daß dem deutschen Kapitalmarkt dadurch diverse Milliarden Mark verloren gehen, hat auch der Steuerfiskus erhebliche, in die Hunderte von Millionen gehende Steuerausfälle zu erleiden. Zusammen mit den rückständigen Steuern würde die sich ergebende Summe dieser Ausfälle ohne weiteres hinreichen, den Reichshaushalt ohne Gehaltskürzungen und ohne neue Steuern auszugleichen und den Reichsfinanzminister von den Sorgen über das zu deckende Defizit befreien.

Wie in anderen Fällen versuchen es auch hier die besitzenden Kreise, sich in geradezu skandalöser Weise ihren Verpflichtungen zu entziehen und diese den ärmeren Volksschichten aufzuladen. Zu dem gleichen Zwecke treten sie für den Lohn- und Gehaltsabbau ein. Sie sind mit dem bisher erzielten Erfolg nicht zufrieden, sondern wollen die Schröpfung der Lohn- und Gehaltsempfänger noch weiter fortsetzen, die diesen Bestrebungen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen müssen. Zugleich haben die Lohn- und Gehaltsempfänger in Hinblick darauf, daß von ihnen die Lohnsteuer bis zum letzten Pfennig erhoben wird, eine restlose Heranziehung der Steuerdrückeberger zur Erfüllung ihrer steuerlichen Verpflichtungen zu fordern. *Matulat.*

Das Doppelgesicht der Nazis

In seinem Rundfunkgespräch mit Prof. Nöthing hat der nationalsozialistische Wirtschaftstheoretiker und Programmfabrikant Dipl. Ing. Gottfried Feder bekanntlich nicht nur jede Wirtschaftsdemokratie, sondern auch die Einrichtung der Betriebsräte glattweg abgelehnt. Die Betriebsräte bezeichnete er als „entbehrliche Personen“, die nur eine „Belastung der Betriebe mit unproduktiven Elementen“ darstellten. Herr Feder beweist damit nicht nur seine — und damit seiner Partei — absolute Verständnislosigkeit für soziale Probleme dieser Art, sondern gleichzeitig auch die zweideutige und uneinheitliche Stellungnahme seiner Partei hierzu. Denn in den inzwischen bekanntgewordenen, streng vertraulichen Richtlinien für die nationalsozialistischen Betriebsfunktionäre der Kreisleitung Groß-Frankfurt der NSDAP., Abt. III a Betriebszellen, heißt es im Abschnitt III „Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratwahlen“ wörtlich:

„Wir NS. bejahen den Betriebsrätegedanken! Das heutige Gesetz genügt unseren Forderungen nicht. Erst der NS.-Staat wird die NS.-Forderung auf Anteil am Besitz, Anteil an der Leitung und Anteil am Gewinn erfüllen. Wir stellen aber das heutige Gesetz in den Dienst unserer Arbeit! Die NS.-Betriebsräte bilden das Rückgrat unserer Arbeit in den Betrieben! Hieraus ergibt sich für den NS.-Funktionär:

1. In Betrieben ohne Betriebsrat: a) Sofortige Maßnahmen zur Durchführung ihrer Wahl. b) Aufstellen einer Liste „Nationale Sozialisten“. Grundsatz: Kein Betrieb ohne Betriebsrat!

2. In Betrieben mit Betriebsvertretungen: a) Kampf den marxistischen Räten, b) Feststellung des nächsten Wahltermins, c) Aufstellung einer Liste „Nationale Sozialisten“, d) Durchführung des Wahlkampfes, e) Vorbereitungen für die Wahl, f) aktive Betriebsratsstätigkeit.

Auf eigene Listen verzichten wir nur in besonderen Fällen! Es kommt dies dann in Frage, wenn wir unsere Parteigenossen sicher auf den Listen anderer unterbringen können. Im allgemeinen wird sich dies nur bei den Angestellten ergeben, bei denen eine Zusammenarbeit mit dem DHV. in Frage kommt. Die NS.-Funktionäre sind aber verpflichtet, in solchen Fällen vorher mit der Abteilung IIIa Führung zu nehmen! Grundsatz: Keine Betriebsvertretung ohne Nationalsozialisten!

Der offizielle Wirtschaftstheoretiker der NSDAP., Herr Feder, bezeichnet also die Betriebsräte als „entbehrliche Personen“, die eine „Belastung der Betriebe darstellen“, die Frankfurter Vertretung seiner Partei bejaht dagegen den Betriebsrätegedanken und fordert die Aufstellung eigener Listen und stärkerer Betätigung ihrer Parteigenossen in den Betriebsräten. Ein klarer Beweis für die Unehrlichkeit des Nationalsozialistischen Parteiprogramms kann wohl nicht geführt werden. Die Partei zeigt auch hier wieder ihr Doppelgesicht. Bei ihren schwerindustriellen Geldgebern will sie sich lieb Kind machen durch Ablehnung der Wirtschaftsdemokratie, bei den Arbeitern und Angestellten aber durch das heuchlerische Versprechen, das „Dritte Reich“ werde ihre Forderung auf Anteil am Besitz, an der Leitung und am Gewinn erfüllen. Die Arbeiter und Angestellten werden sich für die bevorstehenden Betriebsratwahlen diesen Widerspruch merken und den Agitatoren für die Liste „Nationale Sozialisten“ ihre rote Maske abreiben, damit das gelbe Antlitz zum Vorschein kommt. Was aber sagt Herr Hitler hierzu? Wird er den Donnerkeil

seines Zornes auf den schwatzhaften Parteigenossen Feder oder auf die nicht linientreuen Frankfurter Genossen schleudern? Ist Herr Feder vielleicht aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages abberufen, damit er seine Partei nicht noch mehr bloßstellt? Ja, die Nazis haben es schwer — sie dürfen zwar schreiben rechts und sie dürfen schreiben links, aber wann ist es rechts richtig und wann links? Diesen Burschen rücksichtsloser Kampf, das muß unsere Parole sein.

Arbeiter und Beamte in einer Front

Das Unternehmerrezept des Lohnabbaues zur Überwindung der Wirtschaftskrise ist diesmal auch den Beamten verschrieben worden. Wie bekannt, hat die Regierung Brüning zur Beseitigung des ständigen Defizits im Reichshaushalt den Beamten einen sechsprozentigen Gehaltsabbau verordnet. Daraus geht die Konjunkturrempfindlichkeit der Beamtengehälter deutlich hervor. Bloß ist es noch so, daß bei guter Konjunktur die Beamtengehälter sehr schwer erhöht werden können. Aber der Gang der Dinge zeigt, daß die Besserung der Wirtschaftslage auch für die Beamten die Voraussetzung dafür ist, ihre wirtschaftlichen und sozialen Forderungen verwirklichen zu können. Von dieser Kenntnis sind besonders die Beamten beherrscht, die der freigewerkschaftlichen Richtung, also dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, angehören. Das kam in einer Kundgebung des Ausschusses des ADB. zum Ausdruck, der am 21. Januar eine Sitzung abhielt, zu der Behörden und Presse stark vertreten waren.

Zur Tagesordnung dieser Ausschusssitzung stand: „Wege zur Überwindung der Wirtschaftskrise“. Referent war der bekannte Volkswirtschaftler Dr. A. Braunthal. Aus den Darlegungen des Referenten ist besonders hervorzuheben, daß der nichtparlamentarische Abbau der Beamtengehälter neben den Bestrebungen der Beseitigung der Demokratie eine nicht bloß ideale, sondern auch eine materielle Interessensolidarität zwischen der Beamtenschaft und der Arbeiterschaft, eine Schicksalsgemeinschaft zeigt. Die Untersuchung der Ursachen der Wirtschaftskrise ergab auch hier den wirtschaftlichen Unsinn des Lohn- und Gehaltsabbaues. Krisen können heute nur behoben werden durch Verschieben der wirtschaftlichen Größenordnungen, d. h. nur durch Zurückbiegung des Wirtschaftsprozesses durch Voraneilen der Konsumkraft vor den Investitionen. Mit anderen Worten: Die Kaufkraft der breiten Massen muß gesteigert werden. Dr. Braunthal faßte seine Ausführungen dahin zusammen: Die Krise ist verursacht vor allem durch erhöhte Preise. Hier muß also der Hebel angesetzt werden. — Die Krise wird verschärft durch die politische Situation in Deutschland. Notwendig ist darum eine verstärkte Abwehr des Faschismus und unbedingte Beibehaltung der Verständigungspolitik nach außen. Was wir heute in Deutschland brauchen ist: Frieden, Freiheit, Brot, d. h. Befreiung vom Monopolkapitalismus, internationale Verständigung, Erhaltung der Konsumkraft der Bevölkerung!

Die geführte Aussprache bewegte sich in den Gedankengängen des Referenten und fügte manchen Beitrag zum Unsinn des Lohnabbaues bei. Die Kundgebung schloß mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung, die gegen monopolistische Preisbindungen und für Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, für Stärkung der Kaufkraft plädiert und Lohn- und Gehaltsabbau ablehnt, gegen die Drosselung der öffentlichen Wirtschaft Stellung nimmt, für handelspolitische Verständigung, für Revision der Reparationsverpflichtungen und für Stärkung der Republik sich erklärt und den faschistischen Bestrebungen den Kampf ansagt.

Am Wendepunkt der Konjunktur?

In Köln wurde eine Zweigstelle der deutsch-amerikanischen Handelskammer eröffnet. Der amerikanische Botschafter Frederic M. Sackett ging in seiner Rede auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrieländer ein. Er erklärte, daß zu Anfang des neuen Jahres bemerkenswerte Anzeichen dafür vorhanden seien, daß der tiefste Stand der Wirtschaftskrise erreicht ist. Die wirtschaftliche Genesung ist schmerzhaft und langsam, aber sie folgt im allgemeinen den Bahnen ähnlicher in der Vergangenheit durchgemachter Depressionen. Die Genesung wird, obwohl stetig, doch langsam kommen. Sackett ist der Ansicht, daß der mit so vielen Schwierigkeiten gelegte Grund stark und reich genug sein wird, um darauf eine gesunde und haltbare Wirtschaft aufzubauen. In einer weltumfassenden Depression kann die daraus entstehende Genesung nicht örtlich bleiben. Sie wird sich in allen andern Staaten fühlbar machen. Die Zeit ist da, so erklärte der amerikanische Botschafter, daß vernünftige Männer in der ganzen Welt einsehen, daß Friede in der Welt die unumstößliche Notwendigkeit für das Blühen und Gedeihen aller bedeutet. Hoffentlich hat Herr Sackett mit seiner Prophezeiung, der Tiefstand der Krise sei erreicht, recht.

VERBAND UND BERUF

Auskunfteinholen!

Daß die Unternehmer den Lohn abbauen wollen, wissen wir. Daß die Gehilfen jeden Lohnabbau ablehnen, wissen die Unternehmer.

Also gibts Kampf! Erhöhte Alarmbereitschaft ist deshalb anzusetzen. Das heißt Auskunftspflicht bei Stellungannahme.

Jeder Kollege ist verpflichtet, vor Abschluss einer neuen Arbeitsverpflichtung bei dem zuständigen Auskunftserteiler Auskunft einzuholen!

Eine Anregung zur Lehrlingsausbildung in der Chemigraphie

Wieder naht die Zeit, wo Lehrlinge vor dem Abschluß ihrer Lehrzeit stehen, um vor den Prüfungskommissionen ihr Können und Wissen unter Beweis zu stellen. Und wieder werden, wie in den vergangenen Jahren, die Anstalten ihre Tore dem Nachwuchs öffnen. Leider wohl wieder zu weit, denn solange die Prinzipalität nicht den Weg gesunder Gewerbepolitik beschreitet und die sinnlose Ausnutzung der Lehrlingsskala weiter fortsetzt, wird genügend junges Volk in den Betrieben erscheinen. Junges Volk, dessen Ausblick in die Zukunft recht trübe ist. Haben wir doch heute noch Ausgelernte vom April 1930, denen es noch nicht vergönnt war, ihr Gelerntes als Gehilfe zu verwerten. Wir haben heute das größte Interesse daran, unserem Nachwuchs die allerbeste Ausbildung zu vermitteln, zumal unser Gewerbe seinen Höhepunkt überschritten haben dürfte. Wie liegt denn die Situation heute, heute, nach all den Massenentlassungen? Auf der einen Seite Abnahme der Arbeitsplätze für Gehilfen, auf der anderen Seite natürlicherweise eine Überspannung der Lehrlingsziffer. Muß da nicht die Gewähr für eine, der Zeit und dem Stand unseres Gewerbes entsprechende Ausbildungsmöglichkeit schwinden? Wer bietet diese Gewähr? Der Unternehmer? Seine Sorgen gelten wohl in erster Linie der Prosperität seines Betriebes, dem Einhalten der Termine und dem Quantum. Das Interesse an den Lehrlingen besteht doch wohl nur insofern, als man eine Reservearmee für notwendig erachtet. Merkwürdigerweise spielt da das Geld keine Rolle. Wie mancher Prinzipal stöhnt über die schlechte Lage seines Geschäfts und wie mancher möchte wohl gern durch einen Lohnabbau seine Ausgaben verringern. In der Tat aber kostet ihm die restlose Ausnutzung der Lehrlingsskala mehr. Um aber auf den eigentlichen Zweck meines Artikels zurückzukommen, muß ich zu den Prüfungen selbst sprechen. Einfügen möchte ich hier, daß ich speziell von Berliner Verhältnissen spreche. Die Prüfungen bestehen aus dem Praktischen und dem Theoretischen. Nun kann sich der Fall ereignen, daß ein Prüfling ein brauchbarer Praktiker ist, aber ein schlechter Theoretiker. Beides gehört nun mal zusammen, aber eins von den beiden wirkt sich auf das andere bei der Notengebung aus. Und hier liegt meines Ermessens noch ein Mangel vor. Wer behebt diesen Mangel? Die Fortbildungsschule behebt ihn nicht, eine Fachschule mit Lehrern, hervorgegangen aus der Chemigraphie, fehlt in Berlin, ich meine hier eine obligatorische. Sind die Gehilfen kompetent, den Lehrlingen genügende theoretische Fachkenntnisse zu vermitteln? Im gewissen Maße ja, aber nicht alle Gehilfen sind Koryphäen. Von den Gehilfen in leitenden Stellungen ist dasselbe zu sagen; bei deren Ernennung zum Ober sind oft andere Gründe als praktische und theoretische Tüchtigkeit maßgebend. Es genügt nun einmal nicht, um Lehrlinge richtig auszubilden, daß man so recht und schlecht sein verlangtes Quantum hinlegt, sondern man muß schon, da jeder ja für gewöhnlich nur Teilarbeit leistet, den Aufbau seines Gewerbes, die Zusammenhänge und den Arbeitsprozeß der anderen Sparten kennen. Wichtig ist auch, etwas von den benachbarten Berufen zu wissen, die später einmal vielleicht als Zufluchtsstätte dienen können. Dieses Wissen kann nur ein gediegenes Lehrbuch geben. Wir als graphisches Gewerbe müßten etwas derartiges unser eigen nennen. Jeder neu eintretende Lehrling sollte gleichzeitig mit seinem Lehrkontrakt dieses Buch erhalten. Manches würde der Lehrling leichter und eher begreifen und manche Frage würde ihm das Buch beantworten, wo er hier und da vergeblich gefragt hat. Als ein treuer Freund und Berater wird den Lehrling das Buch begleiten gleich den Lehrbüchern anderer Berufe. Nur ein gut mit Berufswissen gerüsteter Lehrling wird in dem erschweren Existenzkämpfe seinen Mann stehen. *Aka.*

Zeichen, nicht Wunder

Die „Gr. Pr.“ mußte sich in letzter Zeit angesichts der wirtschaftlich dümmsten Forderung nach Abbau der Löhne mit den besonderen Verhältnissen unseres Gewerbes befassen. In einem der Artikel spielten besonders die Schmiergelder eine Rolle, die von Farben-, Papier- und sonstigen Lieferanten bezahlt werden, „um ins Geschäft zu kommen“. Diese Schmiergelder sind eine Belastung der Betriebe, sie erscheinen im Preis der Ware, denn dem Lieferanten fällt es nicht ein, sie aus der eigenen Tasche zu bezahlen.

Solche Veröffentlichungen in der Presse haben auch ihre Wirkung. Dafür ist folgender Vorfall Beweis:

Es kommt selten vor, daß ein Unternehmer an einer Versammlung der Belegschaft teilnimmt, die außerhalb des Betriebes stattfindet. Mit einem solch seltenen Fall haben wir es hier zu tun. Die Debatten spannen sich um die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im graphischen Gewerbe. Sie waren lebhaft und sachlich. Der Inhaber der Firma klagte im besonderen über die Preisunterbietungen, die beinahe jedes Geschäft unmöglich machen. Die unlautersten Mittel finden Anwendung, um sich gegenseitig die Kunden abzujagen. Will man einen größeren Auftrag haben, so müsse es häufig nicht, ohne den Propagandachefs Tausende (ersprach von Zehntausenden) von Schmiergeldern in die Hände zu stecken. Dagegen kämpfte er entschieden an, ebenso wie gegen die Schmiergelder, die von Lieferanten bezahlt werden.

Da haben wir die Bestätigung aus beruflichem Munde. Kommentar: Die Unternehmer mögen diesen korrumperenden, unproduktiven und beträchtlichen Unkostenfaktor beseitigen und die Löhne unangetastet lassen. *Z.*

Vernunft ist Unsinn

Auch unsere Unternehmer sehen im Lohnabbau das einzige Mittel zur Überwindung der Krise und behaupten, daß der Lohnabbau so oder so kommen müsse. Die Begründung dafür, daß der Lohnabbau so oder so kommen müsse, ist aber sehr eigenartig. Sie wird nämlich vom Stand der Preise für die Gewerbeprodukte abgeleitet. Unsere Unternehmer sagen: Die scharfe Konkurrenz, in der Hauptsache hervorgerufen durch nichtsausreichende Aufträge, hat die Preise derart gedrückt, daß eine Existenzfähigkeit der Betriebe bei den bisherigen Löhnen nicht mehr gegeben ist. Daß die Gehilfenschaft an dem behaupteten Preisdruck ganz unbeteiligt ist, wird noch zur Not zugegeben. Aber das ändert nach Ansicht der Herren gar nichts an der Sache: Der Preisdruck sei da und deshalb müßten auch die Löhne gesenkt werden. Schon das ist eine sonderbare Logik.

Aber noch toller ist, daß die Gehilfenschaft die Kosten für die Schlappeheit der Unternehmer zahlen soll, einen angemessenen Preis für die Gewerbeprodukte durchzusetzen. Weil die Gehilfenschaft ablehnt, solchen Unfug mitzumachen, deshalb großes Geschrei im Unternehmerlager. Die Sache ist doch so: Ginge die Gehilfenschaft auf einen Lohnabbau ein, dann würde der Preisdruck lustig weitergehen und über ein Kleines wäre alles beim alten. Notwendigerweise wäre ein Lohnabbau erneut die einzige Rettung. Der Rummel ist doch abzusehen und jeder vernünftige Mensch sieht den Gang der Dinge im voraus. Aber Vernunft ist jetzt Unsinn. Deshalb dürfte es auch wenig verschlagen, was der Direktor der Handelsabteilung des Volkswirtschaftsdepartements der Schweiz, Dr. Stucki, kürzlich in einem Vortrag in St. Gallen sagte: *Die Schweiz habe in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise drei Trümpfe, die sie auswerten müsse: Hoher Lebensstandard, großes Vertrauen und qualitativ überlegene Arbeitskräfte.*

Auf diese drei Dinge kommt es tatsächlich auch an, nicht auf einen Lohnabbau. Lohnabbau senkt den Lebensstandard und vermindert die qualitative Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte. Verlust der qualitativen Leistungsfähigkeit der gewerblichen Arbeitskräfte wäre Untergang des deutschen graphischen Gewerbes. Anders kann es ja auch gar nicht sein. Denn die Arbeitsleistung eines graphischen Arbeiters ist trotz aller technischen Fortschritte noch immer außerordentlich von seinem seelischen Zustande abhängig. Gerade die Tatsache, daß durch einen Lohnabbau aber auch nicht das geringste an der augenblicklich nicht günstigen Beschäftigung des graphischen Gewerbes geändert wird, muß verstimmend und erbitternd auf ihn wirken. Das wissen die Unternehmer genau so gut wie viele andere. Trotzdem bleiben sie bei ihrem Lohnabbau und verschärfen dadurch unnötig die Unruhe, die durch die große Arbeitslosigkeit doch bereits groß genug ist. Solches Tun kann deshalb gar nichts anderes auslösen als dauernde Schädigung des Gewerbes. Dazu reichen die Gehilfen ihre Hand nicht. Dem Lohnabbau gilt deshalb jede Abwehr!

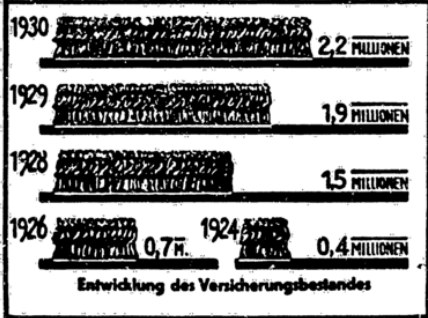
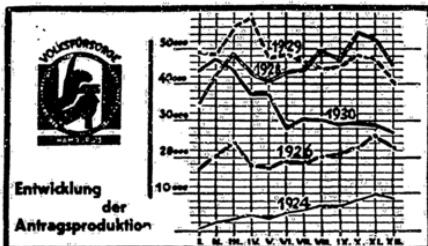
Ein Jahr Graphisches Kartell in Bremen

In einer im November 1929 stattgefundenen Vorstande-Zusammenkunft wurde das lose Zusammenarbeiten der vier graphischen Verbände hier am Orte durch die Gründung des Graphischen Bundes, Ortsgruppe Bremen, in eine feste Arbeitsgemeinschaft umgebildet. Um im Sinne des Aufgabenkreises desselben, wie auch in den Satzungen festgelegt wurde, zu wirken und um die entstehenden laufenden Ausgaben bestreiten zu können, wurde beschlossen, daß von den vier angeschlossenen Organisationen von jedem eingehenden Wochenbeitrag ein Pfennig an die Kasse des Graphischen Bundes abzuführen ist. Der neugewählte Vorstand nahm gleich Anfang 1930 durch Fragebogen eine Statistik der in den Betrieben beschäftigten organisierten und unorganisierten Kolleginnen und Kollegen auf, aus der deutlich hervorging, daß noch in der Agitation, speziell bei den Kolleginnen, viel Arbeit bevorstand. Durch die Teilnahme des Vorstandes an den Betriebsversammlungen war es möglich, immer wieder an die uns noch Fernstehenden zu appellieren, sich ihren Organisationen anzuschließen, was auch zum Teil von Erfolg war. Ebenso wurde darauf hingewiesen, daß die Solidarität mit unseren Arbeitslosen es erfordere, für die Abschaffung der Oberstunden mit ganzer Kraft einzutreten. Zu den Betriebsrätewahlen wurde in einer einberufenen Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Versammlung eingehend Stellung genommen. Leider haben in dieser Frage noch einige Kolleginnen und Kollegen verkannt, wie notwendig es ist, von dem ihnen zustehenden Rechte Gebrauch zu machen. Um überhaupt in allen Fragen, die sich aus dem Arbeitsvertrag ergeben, Aufklärung zu schaffen, sprach in einer Versammlung am 20. Februar im Vereinshaus der Buchdrucker der Arbeitersekretär Kollege W. Schneider über „Die Grundlagen des Arbeitsvertrages“. Eine Vorstandssitzung aller vier Verbände beschäftigte sich Mitte April neben einigen wichtigen Fragen auch mit der Maifeier. In dieser Sitzung kam klar zum Ausdruck, daß die würdigste Feier des 1. Mai in der völligen Arbeitsruhe bestehe. Da auch die Betriebsräte mit der Sozialversicherung vertraut sein müssen, fand am 4. Juni die zweite Versammlung des Graphischen Bundes statt, in der Kollege Schneider über den „Rechtsweg in der Sozialversicherung“ sprach. Diese Versammlung zeigte einen guten Besuch und sei auch hier nochmals darauf hingewiesen, daß im Interesse der Kolleginnen und Kollegen nur empfohlen werden kann, die Versammlungen des Graphischen Bundes zu besuchen. Aus Anlaß der Reichstagswahl fand am 5. September im Volkshaus eine vom Ortsausschuß des ADGB einberufene Funktionär- und Vertrauensmänner-Versammlung statt. In dieser referierte der Kollege Peter Graßmann (Berlin) über „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl“. Auch zum Besuch dieser Versammlung wurde allgemein aufgefordert. Durch das Eingreifen des Graphischen Bundes konnten die bei einigen Firmen zum Schaden der Kolleginnen und Kollegen eingetretenen Unregelmäßigkeiten wieder beseitigt werden. Nach Einführung der vom Reichspräsidenten erlassenen Notverordnungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, die erhebliche Verschlechterungen für die Arbeiterschaft brachten, wurde in einer Versammlung durch den Vortrag „Die Notverordnungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung“, den wiederum Kollege Schneider hielt, Aufklärung über die einzelnen Bestimmungen dieser Verordnungen geschaffen. Die dann folgende Zeit stand im Zeichen der bremischen Bürgerschaftswahl und wurde aus diesem Grunde von einer Versammlung Abstand genommen. — Der Vorstand des Graphischen Bundes erledigte in regelmäßig monatlich stattgefundenen Sitzungen seine Obliegenheiten und besteht aus folgenden Kollegen: 1. Vorsitzender H. Böckenkröger, Setzer; 2. Vorsitzender E. Drögemöller, Buchbinder; Kassierer C. Meyer, Stein-drucker; Schriftführer Fr. Pünjer, Hilfsarbeiter; Beisitzer H. Geschek, Drucker. Da der 1. Vorsitzende gleichzeitig die Arbeiten des Gruppenrates der graphischen Verbände mit erledigt, ist somit auch die Vertretung des Graphischen Bundes im Vorstand des Ortsausschusses Bremen des ADGB, vorhanden. — Zum Schluß muß wohl gesagt werden, daß das Krisenjahr 1930 nicht ohne Folgen an die graphische Arbeiterschaft in Bremen vorübergegangen ist, haben doch alle vier Verbände schwer unter Arbeitslosigkeit und leider auch der zum Teil eingerissenen Kurzarbeit zu leiden. Hoffen wir, daß das Jahr 1931 eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit bringt. Mögen aber auch die Kolleginnen und Kollegen mehr als bisher auf eine gute Zusammenarbeit mit ihren Organisationsvorständen achten, damit so der Vorstand des Graphischen Bundes von allen ihm berührenden Fragen informiert wird und seine Maßnahmen treffen kann. *Heinrich Böckenkröger.*

Rundschau

Die Entwicklung des Versicherungsbestandes der Volksfürsorge

Das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen konnte als einzige Versicherungsgesellschaft am Ende der Inflation, im November 1923, 350 000 Versicherungen auf Rentenmark umstellen. In unerträglich arbeitsreicher Arbeit gelang es, in den folgenden Jahren — wie aus der Abbildung ersichtlich — den jährlichen Antrags-eingang beachtenswert zu steigern.



Durch den ständigen Neuzugang erhöhte sich der Versicherungsbestand von Jahr zu Jahr. 1926 war der Gesamtbestand auf 735 738 Versicherungen mit 246,7 Millionen Mark Versicherungssumme, 1928 auf 1 471 140 Versicherungen mit 581,6 Millionen Mark Versicherungssumme angewachsen und erreichte Ende 1930 mit 2 200 000 Versicherungen und rund 900 Millionen Mark Versicherungssumme den Höhepunkt. Die Volksfürsorge hofft, auch im neuen Jahre wieder ein gutes Stück vorwärts zu kommen.

Weitere Erhöhung der Arbeitslosigkeit

Mitte Januar waren in Deutschland 4 765 000 Arbeitslose vorhanden. Wir steuern also rasch der fünften Million zu. Vielleicht ist sie im Augenblick schon überschritten. In der ersten Januarhälfte war eine Zunahme von 408 000 zu verzeichnen. Aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung wurden Mitte Januar 2 396 000 Personen und aus der Krisenfürsorge 739 000 Arbeitslose unter-

stützt. Die übrigen befinden sich in der Wartezeit oder unter den Wohlfahrtserwerbslosen, oder sie erhalten keine Unterstützung. Wenn dieser Zuwachs auch in den nächsten Wochen noch anhält, dann erreicht die Arbeitslosenziffer eine Höhe, die bisher niemand für möglich gehalten hätte. Es ist der Bevölkerung allerhand von Arbeitsbeschaffungsprogrammen, von Ankurbelungen usw. erzählt worden, von einer Wirkung hat niemand etwas verspürt. Man muß sich an den verantwortlichen Stellen darüber klar sein, daß die Dämme auch mal reißen können. Wenn sich die Empörung bis zur Siedehitze steigert, so ist keineswegs der Verlauf der Dinge abzusehen. Möge diese schwere Gefahr früh genug erkannt werden. Aus der dargestellten Entwicklung ist die offizielle Wirtschaftspolitik gekennzeichnet. Mittels Lohnabbau und anderen Maßnahmen glaubt man die Wirtschaftskrise zu mildern. Das Gegenteil ist eingetreten. Der dadurch bewirkte Kaufkraftausfall hat die Krise nur verschlimmert. Noch niemals ist eine Wirtschaftspolitik so zusammengebrochen als die, welche in den Regierungsstuben und Unternehmerbüros bis heute noch als allein richtig angesehen wurde.

Die Entwicklung der Funkindustrie

Die deutsche Funkindustrie hat z. Z. einen Produktionswert von 150 bis 200 Millionen Mark. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer stieg von 1550 am 1. Januar 1924 auf 3,5 Millionen am 1. Januar 1931. Das ist eine ganz gewaltige Entwicklung. Beachtenswert ist es, daß dieser Aufstieg sich selbst in dem Krisenjahr 1930 fortsetzte. Dies ist z. T. auf eine Senkung der Preise für Empfangsgeräte infolge der serienweisen Herstellung zurückzuführen. Bei jeder Inbetriebnahme eines Senders stieg die Zahl der Teilnehmer in dem betreffenden Gebiet besonders. Außerdem dürfte wohl auch eine Bedarfsmischung in der Weise wirksam sein, daß große Teile der Bevölkerung immer mehr ihre Ausgaben, z. B. für Vergnügungen und Gasthausbesuch zugunsten des Rundfunks einschränken. Der gestiegene Absatz wurde weiter durch die Auswechslung veralteter Geräte angeregt. Etwa 20 v. H. der Empfangsgeräte und 30 v. H. der Lautsprecher und Zubehörteile werden ausgetauscht. Die Ausfuhr betrug 1930 78 Mill. Mark. Besonders gestiegen ist der Absatz nach Großbritannien, Schweden, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Trotz der Wirtschaftskrise sind die Aussichten der deutschen Funkindustrie nicht ungünstig.

Vom Büchertisch

Die Zwangsjacke. Ein neuer Jack London. Volksausgabe Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Preis 3,— Mark.

„Meine lieben Mitbürger, die Sie Ihr Leben in Warte gepackt verbringen — glauben Sie mir, wenn ich sage, daß Menschen noch heute in den Gefängnissen hingemordet werden, wie es geschah, seit die ersten Gefängnisse von Menschen erbaut wurden.“ Diese Behauptung beweist Jack London mit seinem Roman „Die Zwangsjacke“. Er läßt einen zu lebenslänglichem Kerker Verurteilten, der später dem Strang überliefert wird, die Erlebnisse der letzten Jahre seiner Qual berichten. Es ist ein Buch des Grauens. Der Gefangene wird von den Wächtern und der Gefängnisleitung gefoltert und oft mehrere Tage lang in die Zwangsjacke einge-

schürt. Die fieberhaften Phantasien während dieser Tortur erscheinen ihm als Wirklichkeit, die sein Geist, von dem er annimmt, daß er seinen Körper verlassen habe, durchstreift. Immer sind es aufregende und leidvolle Geschehnisse, aber die seltsamen Phantasien sind der einzige Trost des Gemarterten, und dieses Traumbild nicht ihm ein Überdauern über seine Peiniger. Diese modernen Sklavenauswerfer und Henker werden durch den Widerstand des Gefangenen zu immer stärkeren Scheußlichkeiten angespornt, aber der Gefangene trotz ihnen und glaubt auch noch wenige Minuten vor dem Tode an die Überlegenheit seines Geistes über den Körper und die erbärmliche Umgebung. Mehr als die zügellose Phantasie einer gepeinigten Seele, interessiert uns die Darstellung des modernen und „humanen“ Strafvollzugs, von dem wir selbst nichts erfahren und über dessen Brutalität wir auch nicht aufgeklärt werden, wenn noch so viele Kommissionen durch die Gefängnisse geführt werden. Im Land des konsequenten Hochkapitalismus ist auch das kapitalistische Zuchtsystem am erschreckendsten ausgeprägt. Jack Londons neuer Roman deckt diese Tatsache mit schonungsloser Offenheit auf.

Stahlbad Anno 17. Von Peter Riss. Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf. Preis geb. 8,— Mark, kart. 6,— Mark.

Durch die weite Verbreitung des Buches: „Im Westen nichts Neues“ sind Berichte von Kriegen wieder mehr gelesen. Peter Riss bringt in seinem Buche: „Stahlbad Anno 17“ einen solchen Bericht. Aber das ist nicht wichtig. Wichtig aber ist, wie er ihm bringt. Und dazu kann man glatt sagen, Peter Riss steht mit seinem Buche über „Im Westen nichts Neues“. Denn er schildert, so wie es war, die Verwendung der Kinder an der Front. 17 und 18jährige sind noch Kinder, wenn sie auch sonst gern den Erwachsenen spielen. Das Verden dieser Kinder in den Rachen des Krieges war wohl überhaupt die Tragik dieses Völkermordens. Und Peter Riss schreibt alles so natürlich: Die Schleiferei während der Ausbildungszeit, die Fahrt an die Front, den Sturmangriff und die Etappe. Ja, so war der „Kotz“! Gebt dieses Buch vor allem unserer Jugend in die Hand, damit nicht Verrückte erneut ein solches Blutstahlbad auslösen können!

Selbst ist der Mann. Ein modernes Märchen-spiel. Von H. Reinhard. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, 1930. Aufführungsrecht bei Abnahme von 15 Heften. Preis je Exemplar 0,60 RM.

Wieder wird die „Reihe der Jugend-, Kinder- und Laienspiele“, die der Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61 in den letzten Jahren herausbrachte, um ein Spiel erweitert. „Selbst ist der Mann“ von H. Reinhard ist ein modernes Märchenspiel. Der Inhalt des Spiels ist alt und zerfällt in drei Teile. Der erste Teil zeigt eine Filmaufnahme, der zweite eine Sitzung des Film-Prüfungsausschusses, der dritte: „Bitte, wie denken Sie über den Film?“. Das Kino als Macht in den Händen des kapitalistischen Bürgertums wird zum Verdummungsmittel für das Volk. Unwillkürlich denkt man an die Kitschfilme des Hugenberg-Konzerns. Recht frisch und lebendig ist das letzte Bild. Die Zuschauer selbst sollen ihr Urteil fällen. Die Sentimentalität der kritischen Film-besucher wird durch frische, lebendige Arbeiterjungen und -mädels zerstört. „Wir Mädels von heute träumen nicht mehr. Uns ge-lüstet nicht nach der Verlogenheit einer Liebe, die in den Schwere-keiten des Alltags zerflattert. Die Fabrik hat alle Romantik zerstört. Im harten Kampf des Lebens brauchen wir gute Kameraden.“

Zum Spiel gehören 12 bis 15 Personen. Die Regieangaben sind ebenfalls fast. Das Aufführungsrecht wird durch Ankauf von 15 Rollentexten erworben. Für die Ausstattung von Bil-dungs- und Werbebetrieben eignet es sich vorzüglich, weil es durchaus modern und zeitgemäß ist.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1931. / Wirtschaftskrise und Steuer-zahlung. / Das Doppelgesicht der Nazis. / Ar-beiter und Beamte in einer Front. / Am Wende-punkt der Konjunktur?

Verband und Beruf: Auskunft einholen! / Eine Ansetzung zur Lehrlingsausbildung in der Chemi-graphie. / Zeichen, nicht Wunder. / Vernunft ist Unsinn. / Ein Jahr Graphisches Kartell Bremen.

Rundschau. / Vom Büchertisch. / Den Toten zum Gedächtnis.

Den Toten zum Gedächtnis!

1930.

† Am 12. Dezember in Köln a. Rh. Karl Geduhn, Steindrucker aus Königsberg i. Pr., 68 Jahre alt, an Schlaganfall. — Eingetr. in Düren (Rhld.) am 22. Dezember 1918.

† Am 13. Dezember in Mainz Hermann Tießler, Steindrucker aus Neu-Isenburg, 53 Jahre alt, an Herzschwäche, krank 19 W. und 4 T. — Eingetr. in Frankfurt a. M. am 3. Februar 1918.

† Am 16. Dezember in Saalfeld a. d. S. Otto Wagner, Lithograph aus Stadtrenda, 44 Jahre alt, an Nervenleiden, Invalide seit 1. Mai 1930. Eingetr. in Saalfeld a. d. S. am 29. März 1908 (vorher Mitglied im Deutschen Lithographen-Bund seit 11. September 1905).

† Am 16. Dezember in Berlin Max Pfuhlmann, Lithograph aus Berlin, 58 Jahre alt, plötzlich an Herzschlag. — Eingetr. in Berlin am 28. August 1921.

† Am 19. Dezember in Berlin Bruno Engmann, Steindrucker aus Bertelsdorf i. Schl., 22 Jahre alt, an Magenleiden, krank 12 W. — Eingetr. in Berlin am 3. April 1927 (vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 22. November 1925).

† Am 22. Dezember in Gera Erwin Lehnert, Steindrucker aus Frankenthal b. Gera, 57 Jahre alt, plötzlich an Gehirnschlag. — Eingetr. in Gera am 21. September 1913.

† Am 24. Dezember in Heidensau Alfred Liebscher, Lichtdrucker aus Geising i. Erzgeb., 65 Jahre alt, an einer Magenoperation, krank zuletzt 3 W. — Eingetr. in Dresden am 1. Oktober 1887.

† Am 25. Dezember in Karlsruhe i. B. Anton Bauer, Steindrucker aus Freiburg i. B., 57 Jahre alt, an Nierenleiden, krank 3 W. — Eingetr. in Karlsruhe i. B. am 3. April 1910.

† Am 26. Dezember in Breslau Emil Wanert, Steindrucker aus Breslau, 63 Jahre alt, an Kehlkopfkrebs, Invalide seit 12. Oktober 1930. — Eingetr. in Breslau am 4. April 1897.

1931.

† Am 4. Januar in Braunschweig Carl Müller, Kartograph aus Leip-zig, 67 Jahre alt, an Darmblutungen, krank 7 W. — Eingetr. in Leipzig am 10. September 1922 (vorher Mitglied im Deutschen Transportar-beiter-Verband seit 19. September 1919).

† Am 5. Januar in Ulm a. d. D. Bernhard Sauter, Offsetdrucker aus Ulm a. d. D., 29 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Gasvergiftung infolge Geistesverwirrung. — Eingetr. in Ulm a. d. D. am 26. April 1925 (vorher Mitglied im Verband der Deutschen Buch-drucker seit 4. Mai 1919).

† Am 5. Januar in Berlin Richard Osten, Steindrucker aus Dorpat (Rußland), 63 Jahre alt, an Blasenleiden, krank 1 W. und 2 T. — Eingetr. in Berlin am 13. Oktober 1918.

† Am 8. Januar in München Oskar Hügerich, Steindrucker aus Wien, 66 Jahre alt, an Lungenleiden, Invalide seit 20. Oktober 1928. — Eingetr. in München am 4. September 1892.

† Am 11. Januar in Berlin Max Ziesecke, Steindrucker aus Berlin, 80 Jahre alt, an Gehirnverkalkung, Invalide seit 15. August 1912. — Eingetr. in Berlin am 1. Juli 1883.

† Am 11. Januar in Leipzig Gustav Uhde, Notenstecher aus Leip-zig, 43 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 2 W. und 4 T. — Eingetr. in Würzburg am 27. Juni 1920 (vorher Mitglied im Notenstecher-Gehil-fen-Verband seit 25. September 1911).

Ehre ihrem Andenken!

Zur gegl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Mitgliedschaftsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Bel-fügung des Mitgliedsbuches und der Sterbeurkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man eine auch gleich deren Personallen (Rufnamen, Geburtstag und -jahr) mitteilen. Der Vorstandsvorsand.